



Vor 50 Jahren: Gebietsreform und Abschied vom Landkreis Geilenkirchen

Klaus Peschke

Die preußische Verwaltungsgliederung bestand fast unverändert seit 150 Jahren. Die Einteilung in relativ kleine Kreise diente 1816 in erster Linie zur Bildung staatlicher Verwaltungsbezirke zur besseren Überwachung für Zwecke der Polizei, der Landesverteidigung und der Steuererhebung.

Reformziele

Mit dem demokratischen Gedanken der Selbstverwaltung hatten die damals eingerichteten „Ämter“ wenig gemeinsam. Noch weniger waren diese kleinen Verwaltungsbereiche auf Dauer geeignet, den veränderten Lebensumständen im Zeitalter der Industrialisierung gerecht zu werden und die zunehmenden Aufgaben der Kommunalverwaltung fachgerecht zu erfüllen. In einem Gutachten der Landesregierung wird dazu 1968 festgestellt: „Ziel dieser Reform ist es, durch eine gebietliche Neugliederung der Gemeinden und Landkreise dem Wandel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rechnung zu tragen.“ Der Wandel lag in der zunehmenden Bildung wirtschaftlicher Ballungsräume mit Verflechtungen in die umliegenden ländlichen Gebiete als Ballungsrandzonen. Die neuen Verwaltungseinheiten sollten leistungsstark genug sein, um Veränderungen und Verbesserungen schneller durchführen zu können. Im Landesentwicklungsprogramm 1964 werden dazu erste Vorstellungen entwickelt.

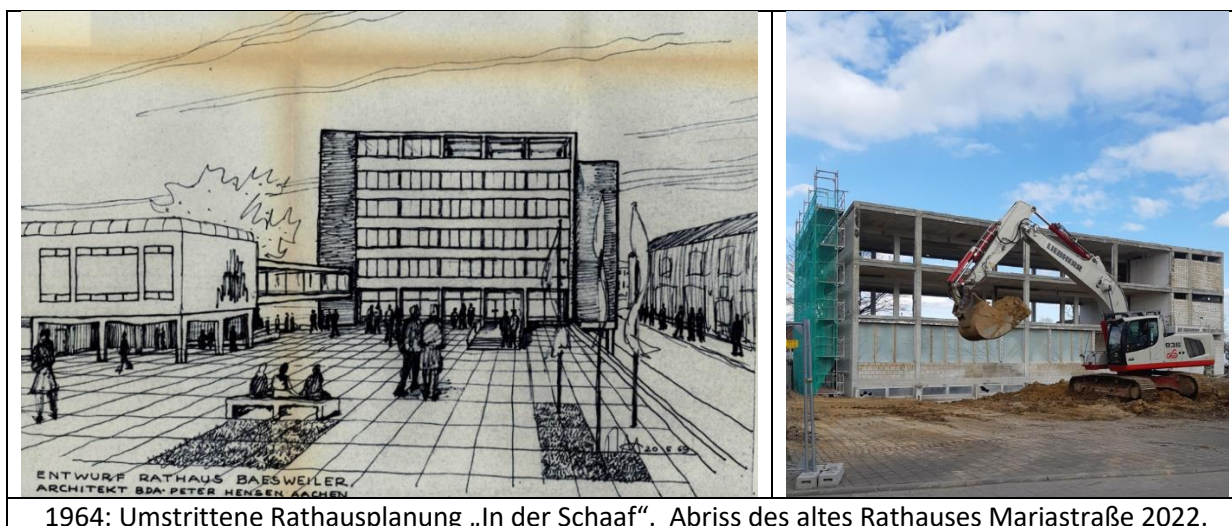
Erste Vorschläge

Um 1966 beginnt die Diskussion zur Veränderung konkret zu werden. Der Oberkreisdirektor des Landkreises Geilenkirchen-Heinsberg legt Daten für eine Neugliederung vor. Sein Vorschlag: Immendorf, Waurichen und Apweiler sollen eine Großgemeinde mit Setterich bilden. Setterich habe sich durch den Bergbau zu einem Mittelpunkt entwickelt. Ein weiterer Zuwachs an Einwohnern sei zu erwarten.

Der Vorschlag für Baesweiler ist einfacher: Das Amt Baesweiler soll aufgelöst werden und mit Oidweiler eine neue Gemeinde bilden. Die kleinste Lösung. Beide Vorschläge gingen übrigens selbstverständlich davon aus, dass diese Änderungen innerhalb des bestehenden Landkreises Geilenkirchen-Heinsberg stattfinden. Aber da gab es später eine Überraschung.

Baesweilers Rathausplanung

Als schon überall verschiedene Ideen zu einer Neugliederung 1968 im Gespräch waren, beschäftigte sich der Gemeinderat Baesweiler immer noch – schon seit 1964 - mit einem großen Bauprojekt: Dem Neubau eines Rathauses. Wohin mit dem Repräsentationsbau für das Amt Baesweiler? Ein fünfstöckiges Hochhaus (Bild) im Dreieck „In der Schaf - Bundesstraße – Kirchstraße“ war projektiert, aber ohne Landeszuschuss nicht zu verwirklichen. Der hitzige politische Streit über den Standort wurde von der Bezirksregierung schließlich abgekühlt mit der Bemerkung, zunächst sei die Verwaltungsreform abzuwarten, bevor über einen Rathausneubau entschieden würde.



1964: Umstrittene Rathausplanung „In der Schaaf“. Abriss des alten Rathauses Mariastraße 2022.

Großgemeinde Baesweiler

Aber genau die „Rathausfrage“ stand plötzlich in einem ganz anderen Zusammenhang im Mittelpunkt von Gesprächen mit Setterich über die Verwaltungsreform. Oidtweiler und Baesweiler hatten sich bereits über ein Verschmelzen zu einer Gemeinde geeinigt, als die Idee zu einer noch größeren Gemeinde aufkam. Die Sorge der Gemeindevertreter war nämlich, dass für Baesweiler die Gefahr bestand, lediglich ein Anhängsel des entstehenden Mittelzentrums Alsdorf zu werden. Da schien eine Großgemeinde mit Setterich die Alternative zu sein. Nur, die lange Diskussion über die Standortfrage für ein neues Rathaus hatte die Gemeindevertreter aus Setterich hellhörig gemacht. Man interpretierte den Standort „In der Schaaf“ als Zeichen der Dominanz einer künftigen Großgemeinde durch Baesweiler. Zumal Setterich 1965 ein eigenes neues Rathaus gebaut hatte. Eine Erweiterung für die Bedürfnisse einer Großgemeinde wäre leicht - ohne Neubau in Baesweiler - möglich. Erst als der Baesweiler Bürgermeister öffentlich erklärte, dass die Standortfrage und der Rathausneubau nicht weiterverfolgt würde, konnte eine gemeinsame Kommission die Zukunft der Großgemeinde planen.

Kommission gebildet

Die erste gemeinsame Sitzung am 26.3.1969 fand im Konferenzraum des Casinos der Zeche Carl-Alexander statt. Das magere Ergebnis: Die Gemeinderäte sollten zunächst öffentlich erklären, dass ein Zusammenschluss „ernsthaft angestrebt werde“. Man kann daraus entnehmen, dass die zukünftigen Partner noch andere Optionen sahen. Erst 14 Monate später fand die nächste Sitzung der gemeinsamen Planungskommission statt. Inzwischen war einiges passiert.

Setterich will selbständig bleiben

Seit 1963 war Setterich selbständig, nachdem es aus dem Amtsverband Immendorf-Würm ausgeschieden war, und hatte eine eigene hauptamtliche Verwaltung bekommen. Mit dem neu erbauten Rathaus, der neu gegründeten Realschule und Volkshochschule fühlte sich die Gemeinde für die Zukunft gut gerüstet. Die Einwohnerzahl hatte sich in den letzten 10 Jahren auf 5.800 fast verfünffacht. Die hohen Gewerbesteuereinnahmen durch die Zeche Emil Mayrisch, 1970 allein 255.000 DM, waren ein gutes Finanzpolster. Der Gemeinderat fand dann noch gute Gründe, um zusätzlich die Eingemeindung von Siersdorf zu fordern. Schöner Nebeneffekt: Auch die restlichen Gewerbesteuern der Zeche kämen zusätzlich ins Gemeindefiskus, immerhin 170.000 DM. Dieser schöne Plan sollte einer Kommission des Innenministeriums vorgetragen werden, die Anfang 1970 das Land bereiste. Wohl ohne Erfolg, denn Gemeindedirektor Cranen fasste seinen Eindruck so zusammen: „Wir waren pessimistisch. Und unsere Erwartungen haben sich erfüllt.“ Der Plan von der Selbständigkeit fand keine Fürsprecher.

Baesweiler, Setterich und Siersdorf

Wie schon erwähnt, sah der Gemeinderat Baesweiler den Zusammenschluss mit Oidtweiler nur als einen Zwischenschritt zur großen Lösung. Gemeint war damit das Zusammengehen mit Setterich, aber auch Siersdorf sollte dazukommen. Es gab nur ein Problem: Siersdorf wollte weiter zum Amt Aldenhoven und keinesfalls zur Großgemeinde Baesweiler gehören. Dazu kam noch: Für den Verlust der Steuerzahlungen aus Siersdorf verlangte die Gemeinde Aldenhoven eine Ausgleichszahlung von über 1 Mio. DM. Dass war zu viel, und Siersdorf blieb wo es war.

Überraschung zum Schluss

Die Vorschläge der Gemeinden Setterich und Baesweiler zu einem freiwilligen Zusammenschluss fanden sich dann im Dezember 1971 wieder im „Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Aachen“. Zur allgemeinen Überraschung wurde im letzten Augenblick während der 2. Lesung im Gesetzgebungsverfahren die Gemeinde Baesweiler dem Landkreis Aachen zugeteilt. Das Ergebnis der weiteren Entwicklung kennen wir alle. Die Großgemeinde Baesweiler löste das „Rathausproblem“ übrigens durch die Zweiteilung der neuen Verwaltung mit den Standorten in Setterich und in Baesweiler. Nach über 50 Jahren werden jetzt die beiden Teile im neuen Rathaus Mariastraße vereinigt werden.